



Plädoyer für reformierte Kammern – FDP-Spitzenkandidat Martin Zeil vor der VV der BLZK

Wie viel Selbstverwaltung brauchen freie Berufe? Sind Kammern auch ohne Pflichtmitgliedschaft vorstellbar? Diesen und aktuellen Fragen zur Gesundheitspolitik stellte sich am Ende der ordentlichen Vollversammlung am 30. November 2006 der künftige Spitzenkandidat der Liberalen für den Bayerischen Landtag und designierte Generalsekretär der FDP, Martin Zeil, MdB. Dabei erläuterte der ehemalige Kommunalpolitiker aus Gauting auch die Beschlüsse des Parteitagstages vom 13./14. Mai 2006 zur Reform des Kammerwesens. Nach intensiver Diskussion hatte sich die FDP für eine Reform des Kammerrechts ausgesprochen, gleichzeitig aber auch ein Bekenntnis zum Kammerwesen abgelegt.

Mit Blick auf die Wirtschaftskammern heißt es in dem Parteitagbeschluss: „Reformierte Kammern mit Pflichtmitgliedern geben auch in Zukunft eine bessere Gewähr für die Wahrnehmung des Gesamtinteresses der Wirtschaft in Selbstverwaltung als die Abschaffung der Kammern zugunsten freiwilliger Zusammenschlüsse. Aufgabenerfüllung in Selbstverwaltung der Betroffenen ist aus Sicht der Liberalen demokratischer, freiheitlicher und in aller Regel effizienter als durch den Staat.“ So gelte der Grundsatz „Privat vor Staat“ sowie das Prinzip der „Subsidiarität“. Zeil: „Wir Liberale sind davon überzeugt, dass der einzelne Bürger seine Angelegenheiten seinen Bedürfnissen entsprechend am besten regeln kann. Dies gilt auch für die Wahrnehmung von Gruppeninteressen.“ Diese Grundsätze, so Zeil vor den Delegierten der BLZK zur Vollversammlung, seien auch auf die Kammern der freien Berufe übertragbar. Offen zeigte sich der FDP-Politiker dabei für die von Präsident Michael Schwarz aufgeworfene Frage, ob es zwingend der Pflichtmitgliedschaft bedarf, um zum Beispiel das Berufsrecht zur Anwendung zu bringen. Gerade die Pflichtmitgliedschaft sichere aber auch Freiheitsgrade, da die Berufsangehörigen auf diese Weise ihre Angelegenheiten – auch im hoheitlichen Bereich – selbst regeln können.

Kritisch äußerte sich Zeil zur Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Hier sei der Staat viel-

fach an die Stelle der Selbstverwaltung getreten, sei die Selbstverwaltung in der Gefahr, „verstaatlicht zu werden“.

Der FDP-Politiker hob hervor, dass Selbstverantwortung und Selbstverwaltung mehr als nur Begriffs-paare sind. Gerade im Gesundheitssystem könnte eine qualitativ hochwertige und

flächendeckende Versorgung nur gewährleistet werden, wenn beides zusammenkomme.

„Dabei leisten die Kammern einen wesentlichen Beitrag für die Qualitätssicherung, indem sie beispielsweise Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten.“

Dennoch sieht die FDP ein „erhebliches Maß an Reformbedarf, um den Anforderungen einer sich immer weiter globalisierenden Wirtschaft gerecht zu werden und so das deutsche Kammerwesen wetterfest zu machen“. Dazu müssten auch die Mitwirkungsrechte der einzelnen Kammermitglieder gestärkt werden. Fazit der Liberalen: „Reformierte Kammern mit Pflichtmitgliedern geben auch in Zukunft eine bessere Gewähr für die Wahrnehmung des Gesamtinteresses der Wirtschaft in Selbstverwaltung als die Abschaffung der Kammern zugunsten freiwilliger Zusammenschlüsse. Aufgabenerfüllung in Selbstverwaltung der Betroffenen ist aus Sicht der Liberalen demokratischer, freiheitlicher und in aller Regel effizienter als durch den Staat.“



Foto: BLZK

Martin Zeil, MdB

Peter Knüpper
Hauptgeschäftsführer der BLZK